

DIE RHEINPFALZ

Pirmasenser Rundschau

Montag, 18. Oktober 2021 | Jahrgang 77 | Nr. 242

D 5902 | Einzelpreis € 2,30

SPORT

FC Bayern deklassiert Bayer Leverkusen



Gleich fünf Mal gejubelt: die Spieler des FC Bayern München. FOTO: DPA

LEVERKUSEN. Der FC Bayern München hat im Topspiel der Fußball-Bundesliga mit 5:1 (5:0) gegen Bayer Leverkusen gewonnen und wieder die Tabellenführung übernommen. Die Elf von Trainer Julian Nagelsmann war am Sonntag vor 30.000 Zuschauern in der ausverkauften BayArena klar überlegen und verdrängte mit dem souveränen Auswärtssieg Borussia Dortmund wieder von der Spitze. Nach der überraschenden 1:2-Heimniederlage gegen Eintracht Frankfurt vor der Länderspielpause erzielten Robert Lewandowski (3. Minute/30.), Thomas Müller (34.) und Serge Gnabry (35./37.) die Tore für den deutschen Rekordmeister. Für Leverkusen traf Patrik Schick (55.). Für Bayer war es nach fünf Siegen nacheinander die zweite Saisonniederlage. Die Münchner liegen nach ihrem sechsten Saisonserfolg mit 19 Zählern einen Punkt vor dem BVB (18), Leverkusen hat als Dritter 16 Zähler auf dem Konto. |dpa

AUS DER PFALZ

Speyerer Hitzetage-Rekord: „Statistischer Unsinn“



Speyer gilt als heißeste Stadt Deutschlands, hat aber keine eigene Klimastation. FOTO: LENZ

SPEYER. Der Pfälzer Klimageograf Wolfgang Lähne relativiert den Befund, dass Speyer die Stadt mit den meisten Hitzetagen in Deutschland ist: Das sei „eigentlich statistischer Unsinn“. Denn die Domstadt habe seit 1894 keine eigene Messstation mehr. Ihre Daten seien aus denen einer Anlage in Waghäusel (Kreis Karlsruhe) ermittelt. „Hier wurden in den vergangenen Jahren tatsächlich bundesweit die meisten heißen Tage gemessen. Ob das dort aus einer Kombination mikroklimatischer Ursachen und lokaler Messbedingungen resultiert, ist nicht ganz klar.“ Zutreffend sei allerdings, dass Speyer und die ganze Region am nördlichen Oberrhein in der wärmsten Zone Deutschlands liegen – und dass es allgemein heißer wird. Lähne sagt: „Mitte des 21. Jahrhunderts werden unsere Sommer hier mit denen in der italienischen Po-Ebene vergleichbar sein.“ Der 60-jährige Klimageograf lebt in Römerberg (Rhein-Pfalz-Kreis) und ist Mitarbeiter des Wetterbüros Klima-Palatina in Maikammer (Südliche Weinstraße). Dass Speyer die Stadt mit den bundesweit meisten Hitzetagen in den vergangenen zehn Jahren ist, hatte der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) am Donnerstag vermeldet und sich dabei auf Daten des Deutschen Wetterdienstes gestützt. |ajier/swz

WETTER

Heute: Erst trüb, dann freundlicher

16°	17°	20°	18°
11°	10°	13°	9°
MO	DI	MI	DO

RHEINPFALZ IM NETZ

www.rheinpfalz.de
www.facebook.com/rheinpfalz



4 194928 802306

Covid-Verdachtsfälle: Ende der Ramsteiner Luftbrücke verzögert sich



FOTO: MARTIN GOLDHARTZ/VIEW

Der für gestern geplante Abschluss der Weiterflüge afghanischer Flüchtlinge aus Ramstein in die USA hat sich verzögert. Bei fünf Personen fiel ein routinemäßiger Corona-Antigen-Test positiv aus. Das Testergebnis wird per PCR-Test überprüft. „Diese Personen und ihre Familien werden in Übereinstimmung mit den aktuellen Gesundheitsrichtlinien isoliert, bis sie sicher reisen können“, so eine Sprecherin des US-Luftwaffenstützpunktes. Zuletzt warteten ihr zufolge noch 900 Afghanen auf ihre Weiterreise. Vier Flüge waren noch für den Rest des Wochenendes geplant. Zuvor seien binnen 24 Stunden 1800 Personen in fünf Maschinen ausgeflogen worden. Die Luftbrücke aus Kabul in die USA war zuvor schon wegen einiger weniger Masernfälle unterbrochen gewesen. Insgesamt aber brachte das US-Militär seit Mitte August 33.900 Evakuierte über Ramstein in die USA. |tui

Migration: Wieder mehr Asylanträge in Deutschland

NÜRNBERG/BERLIN. Die Anzahl der Asylanträge hierzulande ist in diesem Jahr wieder gestiegen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) nahm bis Ende September 100.278 Erstanträge entgegen.

Das geht aus der Statistik der Behörde hervor. Das sind 35,2 Prozent mehr als in der Vergleichszeit des Vorjahres. Dieses war allerdings stark von der Corona-Pandemie, geschlossenen Grenzen und dem stark dezimierten Flugverkehr geprägt. Von 2016 bis 2020 hatte es stetig weniger Asylbegehren gegeben. Als erstes hatte die „Welt am Sonntag“ über die Statistik berichtet.

Von den Erstantragstellern waren etwa 19,5 Prozent Kinder von unter einem Jahr, die in Deutschland geboren wurden. Die Anzahl der Folgeanträge stieg um 162 Prozent auf 31.454. Damit gingen von Januar bis September 131.732 Asylanträge ein, eine Zunahme von 52,9 Prozent.

Die meisten Asylbewerber, die erstmals um Schutz nachsuchten, kamen wieder aus Syrien (40.472 Erstanträge, plus 57,1 Prozent), Afghanistan (15.045 Erstanträge, plus 138 Prozent) und dem Irak (8531 Erstanträge, plus 22,2 Prozent).

Die EU-Asylbehörde Easo wies auf die Lage an der Grenze zu Belarus hin. Der dortige Präsident Alexander Lukaschenko hatte erklärt, er werde Flüchtlinge auf dem Weg in die EU nicht mehr aufhalten. Seither mehrten sich Meldungen über Grenzübertrittsversuche von Belarus nach Polen und Litauen. |dpa

Grüne stimmen für Ampel-Verhandlungen

Erst die SPD, nun die Grünen: Die zweite Ampel-Partei hat Koalitionsverhandlungen zugestimmt. Beim kleinen Parteitag gibt es viel Zuspruch für das bisher Erreichte – und Mahnungen, nun nicht nachzulassen.

BERLIN. Nahezu einstimmig votierte ein kleiner Parteitag der Grünen am Sonntag in Berlin für die Aufnahme offizieller Beratungen mit SPD und FDP. Es gab lediglich zwei Nein-Stimmen und eine Enthaltung. Die Vorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck sahen auf der Grundlage des Sondierungspapiers die Chancen für einen gesellschaftlichen Aufbruch. In fast dreistündiger Debatte lobten die Delegierten die Arbeit des Sondierungspapiers, nannten aber auch Kritikpunkte, wie etwa die Ausgestaltung des Bürgergeldes, das das bisherige Hartz-IV-System ablösen soll.

In dem Sondierungspapier hatten sich die drei Parteien unter anderem zum 1,5-Grad-Pfad und dem Ziel eines Kohleausstiegs „idealerweise“ 2030 verständigt. Baerbock räumte ein, dass noch schwierige Verhandlungen bevorstünden: „Es wird ein dickes, hartes Brett werden.“

Habeck sieht mit der Ampel die Chance, dem Land eine Politik zu geben, die auf der „Höhe der Zeit“ Antworten gebe, wie er vor den Delegierten sagte. Er räumte ein, dass sich die Grünen bei den Sondierungen in bestimmten Punkten nicht durchgesetzt hätten. Habeck nannte

dabei die Forderung nach einer moderaten Erhöhung des Spitzensteuersatzes, mit der Bezieher kleinerer Einkommen entlastet werden sollten. Das Ergebnis der Sondierungen sei aber „tragfähig“.

Harsche Kritik war beim Parteitag kaum zu hören. Cansin Köktürk aus Bochum merkte an, sie habe bei dem Sondierungsergebnis den Eindruck, die FDP habe die Wahl gewonnen. „Wo steht in diesem Son-



Zufrieden mit dem Ergebnis: Annalena Baerbock und Robert Habeck. FOTO: MICHAEL KAPPELER/DPA

dierungspapier die wahrhaftige Besteuerung der Armut in diesem Land?“, fragte sie. Andere hoben den Handlungsbedarf hervor, den es in einer künftigen Bundesregierung beim Klimaschutz und beim Kampf gegen Armut gebe.

Mit Blick auf die Kritik, dass das Sondierungspapier zu wenig über die Finanzierung nötiger Maßnahmen sage, erklärte Habeck, es sei festgelegt, dass die Investitionen gestemmt werden – wenn auch innerhalb der bestehenden Schuldenbremse. Es sei in den Sondierungsgesprächen mehr besprochen worden, als sich im Papier finde. „Die Korridore sind gesetzt, buchstaben wir es also aus.“

Der SPD-Parteivorstand hatte sich bereits am Freitag für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen ausgesprochen, die FDP-Gremien wollen an diesem Montag entscheiden. Stimmen sie ebenfalls zu, ist der Weg für die Koalitionsverhandlungen frei. Sie sollen wenige Tage später beginnen. Über den Koalitionsvertrag wollen die Grünen ihre Mitglieder in einer Urabstimmung entscheiden lassen. Erklärtes Ziel ist eine Regierungsbildung vor Weihnachten. |ajp/dpa

KOMMENTAR SEITE 2

Brinkhaus: Kritik an „strammer Linksagenda“

MÜNSTER. Anders als die CDU-Politiker Armin Laschet und Friedrich Merz hat Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus erneut scharfe Kritik an dem Sondierungsergebnis von SPD, Grünen und FDP geübt.



Spricht vom „sozialen Wunsch-dir-was“: Ralph Brinkhaus. FOTO: BERND THISEN/DPA

„Das ist die strammste Linksagenda, die wir seit Jahrzehnten in Deutschland gehabt haben“, sagte Brinkhaus am Sonntag auf dem Deutschlandtag der Jungen Union in Münster. Das am Freitag vorgestellte Sondierungspapier sei ein „soziales Füllhorn“ und ein „soziales Wunsch-dir-was“. „Allen wird alles gegeben“, kritisierte Brinkhaus. Die Pläne seien jedoch „überhaupt nicht gegenfinanziert“. So stehe nicht klar in dem Papier, dass die Schuldenbremse eingehalten werden solle. Aus Brinkhaus' Sicht konnte die FDP in den Sondierungen wenig durchsetzen. Er verglich die angestrebte Ampel-Koalition mit einer Verkehrsampel, die „ziemlich lange rot und ziemlich lange grün“ sei, aber nur wenige Sekunden gelb. |ajp

SEITE 3

Goldrausch in Glasgow

Die Klimakonferenz beschert manchen Schotten eine gute Einnahmequelle – Verwunderung über China

VON JOCHEN WITTMANN

Manche Schotten reiben sich die Hände. Die Klimakonferenz COP26, die am 31. Oktober in Glasgow beginnt, verspricht, ein glänzendes Geschäft zu werden. Zumindest für diejenigen, die eine Unterkunft in Glasgow zu vermieten haben. Die Raten für eine Airbnb-Wohnung, haben schwindelerregende Höhen erreicht. Den Vogel schießt ein Apartment im vornehmen Kelsingrove-Bezirk ab. Die Wohnung mit zwei Schlafzimmern ist für die zwei Wochen der Klimakonferenz für etwas mehr als 100.000 Pfund (knapp 120.000 Euro) zu haben, immerhin inklusive einer „Service Fee“ von gut 15.000 Pfund.

Der Boom bei den Mietpreisen erklärt sich damit, dass zur 26. UN-Klimakonferenz mehr als 30.000 Politiker, Beamte, Delegierte, Aktivisten

und andere Gäste erwartet werden. Darunter auch die Queen. Elizabeth II. muss sich allerdings nicht über hohe Mieten sorgen. Sie wird im knapp 75 Kilometer entfernten Edinburgh übernachten – im Holyrood Palace, der offiziellen Residenz der Queen in Schottland.

Die Königin hat sich vorab geäußert über die Klimakonferenz, auf der die britische Regierung erreichen will, dass der globale Temperaturanstieg bis zum Jahr 2100 auf 1,5 Grad begrenzt wird. Während eines Privatgesprächs anlässlich der Eröffnung des Parlaments von Wales am Donnerstag sagte sie zu Elin Jones, der Parlamentspräsidentin: „Es ist schon sehr irritierend, wenn sie versprechen, aber es dann nicht halten.“ Womit sie die Klimazusagen der Staats- und Regierungschefs meinte, die auf dem Gipfel zweifellos jeweils ihre nationalen Bemü-



Die Mieten boomen, Grund ist die Klimakonferenz COP26. FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA/PA WIRE

hungen über den Klimaschutz unterstreichen wollen. Rund 200 Länder werden vertreten sein bei einer Konferenz, die als „die beste letzte Chance, den Planeten zu retten“ bezeichnet wurde.

Irritationen löste aus, dass ausgerechnet der Regierungschef des Landes mit dem größten Schadstoff-Ausstoß nicht in Glasgow sein wird. Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping wird nicht anreisen. Heißt das nun, sorgt man sich in London, dass China bei der COP26 keine weitreichenden Zusicherungen machen wird, auf fossile Brennstoffe zu verzichten, und dass man deshalb das erklärte 1,5-Grad-Ziel nicht zu halten ist, wenn China keine neuen Zusicherungen macht.

Haiti: Missionare von Bande entführt

PORT-AU-PRINCE. In Haiti ist laut Medienberichten eine Gruppe US-Missionare entführt worden. 14 Erwachsene und drei Kinder seien am Samstag auf dem Weg von einem Waisenhaus in Croix des Bouquets am Ostrand von Port-au-Prince nach Titanyen nördlich der haitianischen Hauptstadt gewesen, als sie von Mitgliedern einer bewaffneten Bande verschleppt wurden, meldete der Sender CNN unter Berufung auf haitianische Sicherheitskräfte. Haiti, das ärmste Land des amerikanischen Kontinents, wird seit Jahren von politischem Chaos und krimineller Gewalt geplagt. Anfang Juli wurde Staatspräsident Jovenel Moïse in seiner Residenz erschossen, die Hintergründe sind bis heute ungeklärt. Die Region, in der die Missionare verschleppt wurden, werde von der Bande 400 Mawozo kontrolliert, berichtete die Zeitung „Le Nouvelliste“ unter Berufung auf Polizeikreise. |dpa